

1. Mai - Ansprache Markus Baumann

Liebe Kolleginnen

Liebe Kollegen

Ich freue mich, dass sich so viele hier zur 1. Mai-Kundgebung versammelt haben. Und ja, ich nehme es gleich vorweg, für mich ist es eine Kundgebung und kein Fest! Der 1. Mai ist der Tag, an dem die arbeitende Schicht auf sich aufmerksam macht und ihre Forderungen stellt. Dabei gibt es wahrlich wenig zu feiern!

Es ist doch beschämend, dass wir am heutigen 1. Mai, gegen die noch immer existierenden Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen kämpfen müssen. Denn seit 37 Jahren steht die Gleichbehandlung von Mann und Frau in unserer Bundesverfassung. Und seit nun 22 Jahren ist das Gleichstellungsgesetz in Kraft, welches die Gleichstellung im Erwerbsleben von Mann und Frau als klagbares Recht festhält. Dabei regelt dieses Gesetz nicht nur den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, sondern sämtliche Arbeitsbedingungen, die Weiterbildungschancen, die Kündigung bis hin zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz. Verboten sind sowohl direkte, wie auch indirekte Diskriminierung. Doch anders als bei anderen Gesetzen wird dieses kaum vollzogen. Das heisst, es wird nicht kontrolliert, ob dieses Gesetz eingehalten wird. Es herrschen

also Zustände, wie wenn im Strassenverkehr keine Parkbussen auferlegt oder keine Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt würden. Das nachsehen haben die Frauen! Denn immer noch gibt es massive Lohnunterschiede. Durchschnittlich verdienen Frauen rund 18% weniger als ihre männlichen Arbeitskollegen und fast die Hälfte davon ist auf reine Diskriminierung zurückzuführen. Den betroffenen Frauen entgehen damit rund 600 Franken pro Monat, was nicht zuletzt dazu führt, dass Frauen im Verhältnis stärker von Armut betroffen sind und letztendlich auch eine zu tiefe Rente erhalten. Die grössten Lohnunterschiede verzeichnen die Branchen Industrie, Gesundheitswesen und der der Detailhandel, also in den wichtigsten Branchen unserer Wirtschaft. Es ist doch ein Skandal, dass die Schweiz im europäischen Vergleich in Sachen Lohngleichheit nur auf dem 23. Platz steht, weit hinter Bulgarien, Litauen Polen und Rumänien.

Wir verlangen deshalb, dass das Parlament endlich vorwärts macht mit der Gesetzesrevision! Dreimal hat die Ständeratskommission die vom Bundesrat vorgeschlagene Vorlage bereits beraten und ihr die Zähne gezogen. Trotzdem hat das Plenum den Entwurf nochmals an die Kommission zur Beratung zurückgeschickt. Immer wenn es um Lohngleichheit geht, ist es für die bürgerlichen Politiker nicht der richtige Zeitpunkt, der falsche Ansatz oder sie berufen sich auf die Selbstverantwortung. Seit Jahrzehnten. Am freiwilligen

Lohnleichheitsprogramm haben sich jedoch gerade mal 51 von 7'333 Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden beteiligt, wovon jedoch rund die Hälfte öffentliche Arbeitgeber waren. Die Freiwilligkeit funktioniert also nicht. Deshalb sind wir uns mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga einig: Die Frist für die Freiwilligkeit ist nun einfach vorbei. Es braucht klare gesetzliche Regelungen, die auch kontrolliert und sanktioniert werden.

Dafür gehen wir gemeinsam am 22. September auf die Strasse. Wir müssen unsere Wut nach aussen tragen, gehört und gesehen werden. Ich bitte deshalb alle, sich diesen Termin in die Agenda einzutragen, damit eine starke Delegation des Kantons Solothurn an der Demo in Bern präsent ist.

Wir wollen die Lohnleichheit. Punkt. Schluss!

Liebe Kolleginnen

Liebe Kollegen

7,5% oder in Zahlen rund 615'000 Personen der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz sind von Armut betroffen. Zu den am stärksten betroffenen Personen sind Alleinstehende über 65 Jahren und Einelternhaushalte mit minderjährigen Kindern. Dies obwohl die Wirtschaft gut läuft und Gewinne erzielt werden. Das ist beschämend für das reichste Land der

Welt. Zur Erinnerung 1% der Schweizer Steuerzahler besitzt fast die Hälfte des gesamten Vermögens in der Schweiz.

Gleichzeitig wird auf allen Ebenen versucht, den Sozialstaat auszuhöhlen. Viel besser als die Renten für alle zu erhöhen, sei es mit den Ergänzungsleistungen gezielt den ärmsten RentnerInnen zu helfen: So haben es uns die Rechtsbürgerlichen in der Debatte zur Altersvorsorge 2020 weismachen wollen. Nun, nachdem die Altersvorsorge 2020 gescheitert ist wollen dieselben „VolksvertreterInnen“ bei der Revision der Ergänzungsleistungen im Nationalrat über eine Milliarde Franken einsparen – pro Jahr!

Auch bei den Gesundheitskosten treiben die bürgerlichen Parteien ein trauriges Spiel. Während man zum Beispiel in Frankreich 7% und in Deutschland 13% des der gesamten Gesundheitskosten trägt, zahlen die SchweizerInnen rund 27% aus der eigenen Tasche. Trotzdem fordern die Bürgerlichen, dass die Franchisen automatisch an die Kostenentwicklung angepasst werden. Aber nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch in unserem Kanton wird auf dem Buckel der tiefsten Einkommen gespart. So werden zum Beispiel die Kosten für nicht bezahlte Krankenkassenprämien aus dem Topf der Prämienverbilligung zu 85% an die Krankenkassen bezahlt. Rund 10 Millionen Franken – Tendenz steigend - werden so dem eigentlichen Sinn der Prämienverbilligung entzogen und indirekt das Risiko der Krankenversicherer an die Menschen mit den tiefsten Einkommen übertragen.

Die Verlustscheine aus dem Topf der Prämienverbilligung zu lösen, sei in unserem Kanton finanziell nicht verkraftbar, wollen uns bürgerliche Kantonsräte weismachen. Wenn es allerdings um ihre Pfründe geht, liegt der Steuerfranken relativ locker in der Tasche.

Die SVP will die flankierenden Massnahmen abschaffen. Das ist ein Frontalangriff auf unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Denn damit wäre Tür und Tor offen für Lohndruck, noch mehr prekäre Arbeitsverhältnisse und der Abbau von Arbeitsplätzen wäre die Folge. Aber nicht nur die SVP, nein auch andere bürgerliche Politiker versuchen den Schutz der Arbeitnehmenden abzubauen. Sie wollen das Arbeitsgesetz aushöhlen, keine Arbeitszeiterfassung mehr für leitende Angestellte und die Nacht- und Sonntagsruhe für Home Office-Mitarbeitende soll fallen, pikantes Detail dabei: auch der Sekretär des Solothurner Staatspersonalverband hat diese Vorstösse mitunterszeichnet. Dagegen gilt es sich zu wehren.

Liebe Kolleginnen

Liebe Kollegen

Es ist Zeit zu kämpfen. In der Altersvorsorge sind wir gescheitert, weder die AHV plus noch die Altersvorsorge 2020 haben wir für uns entscheiden können. Generell befinden wir

uns in einer Situation der sozialen Kälte und es werden weitere wichtige Richtungsentscheide in den nächsten Wochen und Monate auf uns zukommen. Ja, es ist Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen näher zusammenzustehen. Wir dürfen es nicht weiter hinnehmen, dass Arbeitsplätze ohne unseren Widerstand abgebaut werden, es darf nicht weiter geduldet werden, dass unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Arbeitsvergaben an Firmen, die ihre Aufträge in eine Subunternehmerkette weiterreichen und die ausführenden Betriebe letztendlich zu Schundpreisen arbeiten ausführen.

Wir müssen auch die Gebaren der Banken aber auch unserer öffentlich rechtlichen Betriebe kritischer hinterfragen. Es darf einfach nicht sein, dass Post- und Bankräuber in den Führungsetagen ihr Unwesen treiben und sich dabei bereichern oder sich dafür exorbitante Gehälter auszahlen lassen, wie dies jüngst in der Postauto AG oder bei der Raiffeisenbank publik wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Empörung alleine reicht nicht! Wir müssen gegen Missstände wieder vermehrt auf die Strasse – hörbar und sichtbar – unseren Unmut kundtun und unsere Forderungen stellen. Wir müssen wieder unbequem werden und Missstände aufzeigen und skandalisieren. Wir müssen aber auch stärker werden. Ich bitte deshalb alle, in ihrem Umfeld über die Wichtigkeit von Partei und die Gewerkschaften zu sprechen.

Ich wünsche mir, dass der heutige 1. Mai der Beginn einer neuen, kritischen und unbequemen Bewegung ist. Ich bin dabei!